Teil A: Planzeichnung

Planzeichenerläuterung nach BauGB i.V.m. BauNVO und PlanZVO 1990

Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1-11 BauNVO)

- MI Mischgebiete (§ 8 BauNVO)
- I-IV Sonstige Sondergebiete, hier: Einzelhandel (§ 11 BauNVO)

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)

0,6 Grundflächenzahl
1 Zahl der Vollgeschosse

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)

a Abweichende Bauweise

Verkehrsf lächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

- Grüne Verkehrsflächen
- Straßenverkehrsflächen
- Straßenbegrenzungslinie
- Verkehrsf lächen besonderer Zweckbestimmung
- Verkehrsf lächen besonderer Zweckbestimmung, hier: Fußgängerbereich
- Ein- bzw. Ausfahrtsbereich

Versorgungsanlagen, Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung (§ 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 und Abs. 6 BauGB)

- Elektrizität, hier: Trafostation
- Wasser, hier: Brunnen
- Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)

bestehende Hauptversorgungsleitung/Hauptabwasserleitung unterirdisch

Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 und Abs. 6 BauGB)

- Abwasser
- Wasser
- Gas
- Fernwärme
- MS Hochspannung
- Mittelspannung

Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 und Abs. 6 BauGB)

- Wasserflächen mit Wassermischungen, hier: Wasserzuchtgebiet
- Bezeichnung der Schutzzone

Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

- Grünflächen
- hier: Verkehrsgrün

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz vor Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

Sonstige Planzeichen

- Fläche für Stellplätze
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
- mit Geh-, Fahr- und Leitungsnetzen zu belastende Flächen
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)
- Ungefähre Umgrenzung des Altlastenstandortes
- HQ100-Linie (max. Hochwassergrenze)

Nutzungsstabellen

MI	I-IV	Art der Baulichen Nutzung	Zulässige Zahl der Vollgeschosse	Grundflächenzahl	Maximale Gebäudehöhe	Bauweise
0,6	15,0 m		a	-	-	-

Teil B: Textteil

Festsetzungen gem. § 9 BauGB i.V.m. BauNVO

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 1-15 BauNVO)

1.1 Mischgebiet (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 6 BauNVO)

Zulässige Arten von Nutzungen

- Wohngebäude
- Geschäfts- und Bürogebäude
- Einzelhandelsbetriebe, jedoch mit ausschließlich folgenden Sortimenten: Baustoffe, Bauelemente, Installationsmaterial, Beschläge, Eisenwaren und Werkzeuge, Artikel aus dem Bereich der Vermessungstechnik
- Baderäumen und -ausstattungen, Sanitär / Fliesen
- Rollstühle, Otter, Rollis, Markisen
- Möbel, Küchen, Büromöbel
- Teppiche und Bodenbeläge, Farben, Lacke, Tapeten, Malerbedarf
- Elektrogeräte, Herde, Ofen, Elektroinstandhaltung, Haustechnik
- Campingartikel
- NFz und KFz-Zubehör, Motorrad- und Fahrradzubehör, Rasenmäher
- Antennen, Satellitenanlagen
- Unterhaltungs- und Haushaltselektronik
- Babyartikel und Babybedarf
- Schrank- und Speisewirtschaften, sowie Betriebe des Betriebszweigs
- sonstige Gewerbebetriebe
- Anlagen für Verwaltung sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke

2.3 Zahl der Vollgeschosse (§ 20 Abs. 1 BauNVO)

siehe Planschrieb im Baulinien hier: maximal 1 bis 1V Vollgeschosse

3. Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 BauNVO)

Sowohl im Mischgebiet als auch im sonstigen Sondergebiet und gemäß § 22 Abs. 4 BauNVO eine abweichende Bauweise festgesetzt.

Es sind Gebäude mit einer Länge über 50 m und seitlichem Grenzabstand zulässig.

4. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 BauNVO)

Gem. § 23 Abs. 3 BauNVO werden die überbaubaren Grundstücksflächen im vorliegenden Bebauungsplan durch die Festsetzung von Baugrenzen bestimmt, die dem Plan zu entnehmen sind.

5. Flächen für Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 12 BauNVO)

Stellplätze und zugehörige Zufahrten sind in allen Baugebieten innerhalb und außerhalb der überbaubaren Fläche sowie auf der dafür vorgesehenen Stellfläche zulässig. Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Flächen in den jeweiligen Baugebieten zulässig.

Innerhalb des Plangebietes sind aufgrund der Lage im Wasserschutzgebiet alle Stellplätze sowie Zufahrten und Umfahrungen wasserundurchlässig zu befestigen.

6. Verkef rflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

Der innerhalb des Plangebietes liegende Bereich der Koßmannstraße wird als Verkehrsfläche festgesetzt.

Der vorhandene Fußweg innerhalb des Plangebietes wird als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung, Fußgängerbereich festgesetzt.

7. Ein- und Ausfahrten

An der im Plan gekennzeichneten Stelle ist eine Ein- und Ausfahrt zulässig.

8. Maßnahmen zum Schutz vor Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

M1: Wasserundurchlässige Befestigung der Stellplätze: Die neu anzulegenden Stellplätze im Plangebiet sind aus Gründen des Grundwasserschutzes (Lage im Wasserschutzgebiet) bzw. zur wasserundurchlässig zu befestigen. Grünflächen oder Baumstandorte im Bereich der Stellplätze sind durch geeignete Maßnahmen vor Versickerung von Oberflächenwasser von den Stellplätzen zu sichern.

2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 16-21 BauNVO)

2.1 Grundflächenzahl (§§ 16, 17 und 19 BauNVO)

Die maximale Grundflächenzahl (siehe Planschrieb) wird, wie folgt, festgesetzt:

im Mischgebiet: 0,4 bzw. 0,8

im sonstigen Sondergebiet: 0,4

Die zulässige Grundfläche innerhalb des sonstigen Sondergebietes darf durch Stellplätze bis zu einer Grundflächenzahl von 0,8 überschritten werden.

2.2 Gebäudehöhe (§ 18 BauNVO)

Maximale Gebäudehöhe: im Mischgebiet: 15,0 m
im sonstigen Sondergebiet: 7,0 m

Oberer Bezugspunkt der Höhenfestsetzungen ist der obere Abschluss des Daches. Unterer Bezugspunkt ist die Höhe der angrenzenden von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Anlagen gemessen an der straßenseitigen Gebäudemitte.

Technische Anlagen und Dachaufbauten (z.B. Fahrschulanlagen, Solaranlagen, Klimageräte) können die festgesetzte Gebäudehöhe ausnahmsweise, soweit funktional erforderlich, überschreiten.

2.3 Zahl der Vollgeschosse (§ 20 Abs. 1 BauNVO)

siehe Planschrieb im Baulinien hier: maximal 1 bis 1V Vollgeschosse

3. Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 BauNVO)

Sowohl im Mischgebiet als auch im sonstigen Sondergebiet und gemäß § 22 Abs. 4 BauNVO eine abweichende Bauweise festgesetzt.

Es sind Gebäude mit einer Länge über 50 m und seitlichem Grenzabstand zulässig.

4. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 BauNVO)

Gem. § 23 Abs. 3 BauNVO werden die überbaubaren Grundstücksflächen im vorliegenden Bebauungsplan durch die Festsetzung von Baugrenzen bestimmt, die dem Plan zu entnehmen sind.

5. Flächen für Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 12 BauNVO)

Stellplätze und zugehörige Zufahrten sind in allen Baugebieten innerhalb und außerhalb der überbaubaren Fläche sowie auf der dafür vorgesehenen Stellfläche zulässig. Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Flächen in den jeweiligen Baugebieten zulässig.

Innerhalb des Plangebietes sind aufgrund der Lage im Wasserschutzgebiet alle Stellplätze sowie Zufahrten und Umfahrungen wasserundurchlässig zu befestigen.

6. Verkef rflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

Der innerhalb des Plangebietes liegende Bereich der Koßmannstraße wird als Verkehrsfläche festgesetzt.

Der vorhandene Fußweg innerhalb des Plangebietes wird als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung, Fußgängerbereich festgesetzt.

7. Ein- und Ausfahrten

An der im Plan gekennzeichneten Stelle ist eine Ein- und Ausfahrt zulässig.

8. Maßnahmen zum Schutz vor Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

M1: Wasserundurchlässige Befestigung der Stellplätze: Die neu anzulegenden Stellplätze im Plangebiet sind aus Gründen des Grundwasserschutzes (Lage im Wasserschutzgebiet) bzw. zur wasserundurchlässig zu befestigen. Grünflächen oder Baumstandorte im Bereich der Stellplätze sind durch geeignete Maßnahmen vor Versickerung von Oberflächenwasser von den Stellplätzen zu sichern.

9. Bauliche Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

Aus Lärmschutzgründen sind die Fahrgassen des Spielplatzes im Bereich des sonstigen Sondergebietes zu asphaltieren.

10. Flächen für das Anpflanzen und zum Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a und b BauGB)

P1: Nicht überbaubare Grundstücksflächen im Sonder- und Mischgebiet: Die Flächen im Sonder- und Mischgebiet, die nicht für Gebäude, Zufahrten, Stell- und Parkplätze und sonstige bauliche Anlagen benötigt werden, sind dauerhaft zu begrünen und gärtnerisch zu unterhalten. Die in der Planzeichnung gekennzeichneten Einzelbäume sind dauerhaft zu erhalten. Bauvorhaben bedürfen vor Realisierung u.a. der wasserrechtlichen Genehmigung gem. Wasserschutzgesetzverordnung sowie § 60 SWS. Für alle Vorhaben innerhalb des Plangebietes gilt die Ausnahmgenehmigung des § 4 der Wasserschutzgesetzverordnung.

P2: Stellplatzbegrünung im Sondergebiet: Die Stellplätze innerhalb des sonstigen Sondergebietes sind gem. FLL-Richtlinie (Empfehlungen für Baumpflanzungen) zu begrünen. Hierzu ist pro 4 Stellplätze mindestens ein standortgerechter Laubbauhochstamm gemäß Planzliste (Planzqualitätskz. SW 14/16) anzupflanzen, dauerhaft zu erhalten und bei Abgang nachzupflanzen. Zur optimalen Entfaltung der Funktionalität sind zur Anpflanzung nur standortgerechte Arten zu verwenden. Die folgende Artenliste stellt eine Auswahl der zu pflanzenden Baumarten dar: Planzliste Hochstämme: Platane, Stieleiche, Esche, Gefüllte Roskastanie (Aesculus hippocastanum, 'Baumannii')

11. Altabtragungen

In dem im Bebauungsplan entsprechend umgrenzten Bereich (Grundstücke Flur 6, Fl. St. 30/11, 30/16, 30/23, 30/22, 30/21 und 30/20) befindet sich eine nicht genau lokalisierbare Altabtragung. Die Erkundung durch Gutachten Nr. 730/0993 des Ing.-Büro Dr. Marx vom 24.11.1993 hat ergeben, dass es keinen aktuellen Handlungsbedarf gibt. Zukünftige Baumaßnahmen in diesem Bereich haben unter bodengutachterlicher Begleitung in Abstimmung mit der unteren Bodenenschutzbehörde zu erfolgen. Die untere Wasserbehörde ist dabei zu beteiligen. Die genaue Wasserbehörde ist dabei zu beteiligen.

12. Räumlicher Geltungsbereich (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Die genauen Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans sind der Planzeichnung zu entnehmen.

13. In den Nachtstunden zwischen 22:00 Uhr und 06:00 Uhr hat eine Anlieferung zu unterbleiben.

Festsetzungen gem. § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 85 Abs. 4 LBO - Örtliche Bauvorschriften -

Grundstückseinfriedungen

Als Einfriedungen sind, wo notwendig, in Hecken oder Gehäusen geführte Zäune und leichte Stahlblechkonstruktionen zulässig. Einfriedungen sind mit einer Höhe von 0,80 m bis 1,20 m zulässig.

Dachform und Neigung; Materialien zur Dacheindeckung

Zulässig sind Flachdächer und fach geneigte Dächer (max. 20°).

Kupfer und Blei sowie glasierte und reflektierende Materialien sind zur Dacheindeckung nicht zulässig, ausgenommen sind Anlagen zur Nutzung von Solarenergie.

Flachdächer sind zu mind. 80% extensiv zu begrünen.

Werbeanlagen

Werbeanlagen sind nur an der Stelle der Leistung zulässig. Sie sind nach Aufgabe der Stelle der Leistung zu entfernen.

Eigenständige Plakatschlagtafeln sowie Werbeanlagen mit Laserprojektionen auf Dächern und/oder Fassaden sind grundsätzlich unzulässig.

Ausnahme: Innerhalb des sonstigen Sondergebietes sind Plakatschlagtafeln und Großtafeln, die mit Papierplakaten bestückt werden, im Eintragungsbereich des Einzelhandelsbetriebs zulässig.

Die Höhe der Werbeanlagen darf die Höhe des zugehörigen Hauptgebäudes nicht überschreiten. Eigenständige Werbeanlagen in Form von Pylonen oder ähnlichen sind nur bis zu einer Höhe von 10 m zulässig.

Grundsätzlich sind Werbeanlagen und Baueile so zu gestalten, dass sie in Form, Größe, Material und Farbe eine harmonische, architektonische Einheit bilden. Die Werbeanlagen sind so zu gestalten, dass sie die Größe der Werbung im ausgewogenen Verhältnis zur Gebäudehöhe und Gebäudebreite stehen.

Die Höhe der Werbeanlagen darf die Höhe des zugehörigen Hauptgebäudes nicht überschreiten.

Nachrichtliche Übernahme

Wasserschutzgebiet St. Arnual

Innerhalb des Plangebietes befindet sich die Brunnenanlage C mit der zugehörigen Schutzzone I des Wasserschutzgebietes der Landeshauptstadt Saarbrücken, St. Arnual, ausgewiesen durch Verordnung vom 13.12.1989 (Amtsblatt 1990, Nr. 4, S. 57 f.). Das Plangebiet befindet sich darüber hinaus teilweise innerhalb der Schutzzone II bzw. III. Die in dieser Verordnung festgelegten Verbote und genehmigungspflichtigen Handlungen sind zu beachten. Bauvorhaben bedürfen vor Realisierung u.a. der wasserrechtlichen Genehmigung gem. Wasserschutzgesetzverordnung sowie § 60 SWS. Für alle Vorhaben innerhalb des Plangebietes gilt die Ausnahmgenehmigung des § 4 der Wasserschutzgesetzverordnung.

Vorläufig festgesetztes Überschwemmungsgebiet

Das Plangebiet befindet sich vollständig innerhalb eines vorläufig festgesetzten Überschwemmungsgebietes.

Die Verordnung betreffend die vorläufige Anordnung der Anwendung des § 80 Saarländisches Wasserrechtsgesetz für die beachtliche Festsetzung eines Überschwemmungsgebietes an der Saar im Bereich der Landeshauptstadt Saarbrücken vom 22.06.2009 (Amtsblatt des Saarlandes 2009, Nr. 26, S. 1027) ist anzuwenden. Hiernach bedarf die Errichtung und die Erweiterung einer baulichen Anlage nach den §§ 30, 34 und 35 BauGB der Genehmigung der obersten Wasserbehörde.

Hinweise

Bodendenkmäler

Bei Bodendenkmalen besteht Anzeigepflicht und das Befristete Veränderungsverbot gemäß § 12 des Gesetzes Nr. 1554 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalsrechts, Artikel 1 Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDSchG) vom 19. Mai 2004.

Munitionsfunde

Im Plangebiet besteht Munitionsfundgefahr nicht auszuschließen. Eine vorsorgliche Überprüfung durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst wird empfohlen. Die Anforderung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes sollte frühzeitig vor Beginn der Erdarbeiten erfolgen.

Baumschutzsatzung

Im Geltungsbereich des Bebauungsplans gilt die Saarbrücker Baumschutzsatzung, BSchS, Satzung über den Schutz der Bäume in der Landeshauptstadt Saarbrücken vom 23.04.2008.

Altabtragung

Im Geltungsbereich des Bebauungsplans befindet sich ein Altstandort, der im Kataster des Landesamtes für Umwelt- und Arbeitsschutz erfasst ist.

Zeiten für die Anlieferung der zulässigen Einzelhandelsbetriebe in den jeweiligen Baugebieten

In den Nachtstunden zwischen 22:00 Uhr und 06:00 Uhr hat eine Anlieferung zu unterbleiben.

Gesetzliche Grundlagen

Bund:

- Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes zur Neuordnung des Wasserrechts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)
- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investition und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitions-erleichterungs- und Wohnbaulandgesetz) vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)
- Verordnung über die Ausarbeitung der Baupläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichnungsverordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58)
- Verordnung über die Ausarbeitung der Baupläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichnungsverordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542)
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel 15b des Gesetzes zur Neuordnung des Wasserrechts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenverunreinigungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3214)
- Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554), zuletzt geändert durch Art. 16 des Gesetzes zur Neuordnung des Wasserrechts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)

Land:

- Saarländisches Landesplanungsgesetz (SLPG), Gesetz Nr. 1502 vom 12. Juni 2002, zuletzt geändert durch Art. 10 Abs. 9 Verwaltungsstrukturreformgesetz vom 21. November 2007 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2393)
- Kommunalleistungsverwaltungsgesetz (KStVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt des Saarlandes S. 682), zuletzt geändert durch Art. 2 i.V.m. Art. 4 des Gesetzes Nr. 4073 zur Einführung der elektronischen Form für das Amtsblatt des Saarlandes vom 11. Februar 2009 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1215)
- Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländisches Naturschutzgesetz - SNatG), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1592 zur Neuordnung des Saarländischen Naturschutzrechts vom 05. April 2006 (Amtsblatt des Saarlandes S. 726), geändert durch Art. 3 i.V.m. Art. 5 des Gesetzes Nr. 1681 zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung und zur Neuordnung des Saarländischen Naturschutzrechts vom 05. April 2006 (Amtsblatt des Saarlandes S. 726), geändert durch Art. 3 i.V.m. Art. 5 des Gesetzes Nr. 1681 zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung und zur Neuordnung des Saarländischen Naturschutzrechts vom 05. April 2006 (Amtsblatt des Saarlandes S. 726)
- Saarländisches Wassergesetz (SWG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1984), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1678 vom 11. März 2009 (Amtsblatt des Saarlandes S. 676)
- Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDSchG), Artikel 1 des Gesetzes zur Neuordnung des saarländischen Denkmalsrechts vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1498), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes Nr. 1688 vom 17. Juli 2009 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1374)
- Landesbaurecht (LBO), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1544 zur Neuordnung des Saarländischen Baurechts- und Baurechts vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 922), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes Nr. 1639 vom 21. November 2007 (Amtsblatt des Saarlandes 2007, S. 278)
- Saarländisches Nachbarrechtsgesetz vom 28. Februar 1973 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 210), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 322)
- Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (SBodSchG), Saarländisches Bodenschutzgesetz vom 20. März 2002 (Amtsblatt des Saarlandes S. 390) zuletzt geändert durch Art. 10 Abs. 1 i.V.m. Art. 14 des Gesetzes Nr. 1632 zur Reform der saarländischen Verwaltungsstrukturen vom 21. November 2007 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2393)

Stadt Saarbrücken

Satzung über den Schutz der Bäume in der Landeshauptstadt Saarbrücken (Saarbrücker Baumschutzsatzung - BSchS) vom 23. April 2008 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 717)

Die Planunterlagen entsprechen den gesetzlichen Anforderungen der Planzeichnungsverordnung vom 18.12.90. Der Kartenausschnitt (Kartenausschnitt) entspricht für den Geltungsbereich des Bebauungsplans dem Stand vom 23.04.2009

Der Stadtrat hat in öffentlicher Sitzung vom 19.05.2009 die Aufstellung des Bebauungsplans nach § 2 BauGB beschlossen. Der Beschluss ist am 17.06.2009 öffentlich bekanntgemacht worden. Bebauungsplan dem Stand vom 23.04.2009

Die Oberbürgermeisterin i.V. Saarbrücken, den 24.05.2009

Die Oberbürgermeisterin i.V. Saarbrücken, den 18.06.2009

Der Stadtrat hat in öffentlicher Sitzung vom 14.09.2010 diesen Bebauungsplan nach § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung aufgestellt.

Die Oberbürgermeisterin i.V. Saarbrücken, den 29.06.2010

Die Oberbürgermeisterin i.V. Saarbrücken, den 15.09.2010

Dieser Bebauungsplan bedarf gem. § 10 (2) BauGB i.V.m. § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB keiner Genehmigung durch die höhere Verwaltungsbehörde. Der Flächenutzungsplan wird eingepreist.

Der Beschluss des Bebauungsplans als Satzung und der Ort, bei dem der Bebauungsplan während der Dienststunden eingesehen werden kann, wurden am 22.09.2010 öffentlich bekanntgemacht. Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan gem. § 10 (3) BauGB in Kraft.

Die Oberbürgermeisterin i.V. Saarbrücken, den 23.09.2010

LANDESHAUPTSTADT SAARBRÜCKEN STADTPLANUNGSAMT

STADTTEIL ST. ARNUAL

BEBAUUNGSPLAN NR.: 162.04.01

"ELSÄSSER STRASSE - B 406 - KOSSMANNSTRASSE"

1. ÄNDERUNG

M 1 : 1000

Bearbeitet im Auftrag der Landeshauptstadt Saarbrücken Saarbrücken, 03.08.2010

ARGUS concept Am Homburg 3 66123 Saarbrücken Tel.: 0681 / 389 16-60

Verfahrenstand: 1 Entwurf 2 Satzung 3 4